

FDP - Fraktion
Im Rat der Stadt Schwelm

FDP-Fraktion, Köttchen 17, 58332 Schwelm

Bürgermeister
Dr. Steinrücke

Hauptstr. 14
58332 Schwelm



Schwelm, 6.2.09

NACHBARSCHAFTSHILFE

Sehr geehrter Herr Dr. Steinrücke,

Aufgrund ihrer Nachfrage erläutert die FDP-Fraktion gerne weitere Einzelheiten zum Antrag 23.01.09.

Kostenträger der Maßnahme ist ausschließlich die Jobagentur, so dass die Maßnahme frühzeitig mit der Jobagentur abzustimmen und im Eingliederungsbudget zu berücksichtigen ist.

Der Umfang der Maßnahme hängt entscheidend von dieser Abstimmung ab. Es ist besonders hilfreich, die Nachbarschaftshilfe in eine gemeinnützige Einrichtung einzugliedern. Die FDP würde es begrüßen, wenn zwei Arbeitsgruppen mit 5 bis 8 Teilnehmern eingerichtet werden. Die Anleiter werden im einem sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis (AGH in der Entgeltvariante) und die übrigen Kräfte als Arbeitsgelegenheiten nach § 16 Abs. 2 SGB II mit Mehraufwandsentschädigung eingestellt. Die Voraussetzungen des SGB II sind einzuhalten, dies gilt für die Zusätzlichkeit und das unstreitig bestehende öffentliche Interesse. Die Zusätzlichkeit gebietet, dass die Nachbarschaftshilfe keinerlei Tätigkeiten der ambulanten Pflegedienste oder Hausmeisterdienste übernimmt.

Dennoch soll bei den zwingend vorgesehenen Qualifizierungen darauf geachtet werden, dass die Teilnehmer eine Jobperspektive je nach Aufgabenbereich in der Altenpflege, Kinderbetreuung, Gartenbau- oder Reinigungsbetriebe erhalten. Die Maßnahme sollte befristet werden, um den Erfolg evaluieren zu können.

Den Aufgabenbereich einer Nachbarschaftshilfe entscheidet in erster Linie der Bürger, dort wo dringender und sinnvoller Bedarf für die Allgemeinheit steht, soll dieser eingesetzt werden. Dabei hat eine Nachbarschaftshilfe ganz und gar nichts, wie in der Presse zu lesen ist, mit „Hilfssheriffs“ zu tun. Folgende Arbeitsgebiete sind für die FDP wichtig:

1. Altenpflege

Aufgrund der demografischen Entwicklung müssen wir den Bereich der ambulanten Pflege durch besondere niederschwellige Angebote stärken, um die älteren Mitbürger solange wie möglich in ihrem gewohnten Umfeld zu belassen:

Hierzu gehören die schon benannten Hilfestellungen bei Einkäufen oder Reparaturen (Auswechseln einer Glühbirne). Dazu gehört aber auch die Sicherstellung der Mobilität, z.B. bei der Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs.

2. Ordnungspartnerschaft für mehr Sauberkeit und Ordnung

Die Defizite in diesem Bereich sind offenkundig. Dabei geht es bei mehr Sicherheit in erster Linie um die Stärkung einer Präsenz, bei erkennbaren Problemen sind jedoch für die Lösung nur die staatlichen Ordnungskräfte zuständig. Nachbarschaftshilfe kann nur an die Einsichten appellieren und für ein Miteinander werben. Nachbarschaftshilfe ist ein effektives Instrument der sozialen Kontrolle. Alle Vorschriften bringen nichts, wenn eine Kontrolle mangels Personal nicht erfolgen kann.

Für die FDP sollte dies in ein umfassendes Konzept eingebunden werden, das zu einer Verhaltensänderung der Hundebesitzer und zur Reduzierung der Kotbelastung führt. Dazu bedarf es aber auch speziell ausgewiesener Flächen, die einen besonderen Freiraum belassen. Nur so schaffen wir Akzeptanz bei den Hundehaltern.

Hauptaufgabe der Ordnungspartnerschaft Nachbarschaftshilfe ist also die Attraktivitätssteigerung in der Stadt und mehr Sauberkeit. Die Eigenverantwortung der Bürger sollte durch das Angebot von Patenschaften gestärkt werden.

Mehr Sauberkeit wird durch folgende Maßnahmen erreicht:

Zusätzlich zur städtischen Säuberung werden von der Nachbarshilfe kleinere Verunreinigungen selber beseitigt. Dies gilt für die Fußgängerzone wie auch Stadtteilbereich wie z.B. am Loh oder Möllenkotten. Größere Verschmutzungen werden direkt der TBS gemeldet. Gerade Spielflächen von Kindern und Parkanlagen sollen so regelmäßig überprüft werden.

Die Nachbarschaftshilfe kann auch in die Gestaltung kleinerer Grünflächen in der Innenstadt eingebunden werden und übernimmt deren Pflege durch regelmäßiges Gießen. Die FDP hofft, dass durch diese Vorbildwirkung neue Partnerschaften entstehen.

Wie schon vorgetragen soll alles das unterstützt werden, was der Bürger wünscht und mit Eigeninitiative anstößt, dies können auch niederschwellige Angebote bei der Kinderbetreuung oder der Hausaufgabenhilfe sein. Aufgabe kann auch der Hausbesuch von Ersteinwohnern und Migranten sein, um das soziale Umfeld der Stadt vorzustellen. All dies sollte nach Einrichtung der Ordnungspartnerschaft Nachbarschaftshilfe mit den Bürgern und sozialen Einrichtungen verabschiedet und beschlossen werden.

Mit freundlichen Grüßen

Schwunk